

# Erschöpfende Materialfülle

## Schweizer Industrieunternehmen im „Dritten Reich“

*Christoph Mörgeli\**

Fast fünf Jahre nach Einsetzung der Expertenkommission „Schweiz-Zweiter Weltkrieg“ ist das Interesse an deren Forschungsergebnissen abgeflaut. Im Inland haben sich die viele Bürgerinnen und Bürger gelangweilt bis angewidert von der Thematik abgewandt. Noch mehr Desinteresse zeigt nach dem 1,8 Milliarden Franken teuren „Bankendeal“ das (amerikanische) Ausland, was hierzulande das ungute Gefühl bestärkt, dass es bei den massiven Angriffen von 1996/97 nicht wirklich um die „Aufarbeitung“ der Geschichte ging. Die Schweiz hat also wenig Grund, die Abwahl des Politclowns D'Amato und der sozialdemokratischen Administration Clinton zu betrauern.

### **Bundesrat will neue Geschichte**

Interessanter ist die Haltung unseres Bundesrates: Mit der Einsetzung und der personellen Auswahl der Historikerkommission brachte er seinen Wunsch nach einem neuen Geschichtsbild zum Ausdruck. Dieses sollte nicht mehr Widerstand, Neutralität, Armee und staatliche Unabhängigkeit betonen, sondern die Einbindung ins internationale Wirtschaftsgefüge und die Forderung nach „ethischem“ Handeln bei gleichzeitiger Geringschätzung der nationalen Interessenswahrung. Selbstverständlich ist das nunmehr staatsoffizielle Geschichtsbild der „kritischen“ 68er-Generation nicht weniger ideologisch beladen als dasjenige der Aktivdienstgeneration. Zum bundesrätlichen Stimmungsumschwung trugen aber zwei Faktoren ganz wesentlich bei: Zum ersten verlangen die aussenpolitischen Integrationsziele wie UNO und EU nach einer historischen Relativierung des bewaffnet-neutralen „Sonderfalls“, zum zweiten waren Ruth Dreifuss und Kaspar Villiger durch das anfechtbare Verhalten ihrer Väter angreifbar.

---

\* Prof. Dr. Christoph Mörgeli (Üriikon) ist Historiker an der Universität Zürich und SVP-Nationalrat.

## **Nebulöse Indizien für KZ-Zwangsarbeiter**

Der Auftrag der Kommission Bergier lautete, „Umfang und Schicksal von Vermögenswerten aller Art“ zu untersuchen. Die wichtigste Studie dazu hätte der Flüchtlingsbericht vom letzten Jahr bilden müssen. Dieser lieferte aber statt einer systematischen Untersuchung lediglich einige Fallbeispiele, so dass unserem Land bei künftigen Angriffen keine zuverlässigen Zahlen zur Verfügung stünden. Die acht umfangreichen, jetzt vorgelegten Berichte sind von geringerer Bedeutung; es handelt sich um fleissige, aber auch erschöpfende und langatmige Materialsammlungen, in denen die zweckmässige Auswahl und die souveräne Gewichtung zuweilen vermisst wird. Band 6 befasst sich mit einigen ausgewählten Tochterfirmen schweizerischer Industrieunternehmen im süddeutschen Raum. Der hiesige Historikermarkt scheint entweder ausgetrocknet oder zu wenig qualifiziert, sind doch von den drei Autoren zwei deutscher Nationalität. Mit grossen Neuigkeiten oder konkreten Zahlen kann die Studie nicht aufwarten. Sie vermag weder eine zuverlässige Anzahl von Tochtergesellschaften schweizerischer Unternehmen in Deutschland zu nennen noch die Zahl der darin beschäftigten Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen. KZ-Häftlinge wurden nirgendwo eingesetzt, angeblich „mit Ausnahme der BBC“. Doch selbst hier stützen sich die Verfasser auf wenig überzeugende „Indizien“ und begeben sich ins Gebiet der Spekulation. Es bleibt aber Tatsache, dass die „Sklavenarbeit“ von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen völkerrechtswidrig war und Misshandlungen, Hunger und miserable Lebensbedingungen beinhaltete. Ob die kriegswichtigen Firmen die Zuweisung solcher Zwangsarbeiter hätten ablehnen können, ist zweifelhaft. Ihre „Betreuung“ oblag der deutschen Werkleitung vor Ort. Ein gewisser Spielraum für eine humane Behandlung schien aber möglich, doch zeigten sich die Schweizer Manager ziemlich desinteressiert und gleichgültig.

## **Wenig Profit in Kommandowirtschaft**

Man darf der Untersuchung im Ganzen einen sachlichen, unaufgeregten Stil zubilligen. Die Beschränkung auf ein paar im Dritten Reich tätige Unternehmen leidet allerdings einmal mehr an einer eingeschränkten Optik. Diese wären in Bezug zu setzen mit den übrigen in aller Welt tätigen Schweizer Firmen oder etwa mit amerikanischen Firmen, die in Nazi-Deutschland ganz andere Geschäfte tätigten.

Aufschlussreich ist die Schilderung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, die wie andere sozialistische Systeme den marktwirtschaftlichen Wettbewerb weitgehend ausser Kraft setzte. Dennoch erwies sich die Kommandowirtschaft der Nazis selbst im gehätschelten Rüstungssektor gegenüber dem freien Markt der USA als hoffnungslos unterlegen. Die Nazi-Ideologie beinhaltete genau wie diejenige der Bolschewisten einen betont antikapitalistischen Kurs, und so waren die Gewinnaussichten für die Schweizer Mutterhäuser wenig erfreulich. Für Verdruss sorgte ein Clearingsystem der gegenseitigen Verrechnung, der minime Spielraum für die Preisgestaltung, eine hohe Steuerquote und zahlreiche Devisenbeschränkungen. Hinzu kamen Schikanen der Ideologie, des Grenzverkehrs, der Geheimhaltung und der im Totalitarismus üblichen Bürokratie.

### **Vielfältige Gegenstrategien**

Die Gegenstrategien der Schweizer Unternehmen waren unterschiedlich: Die Firma Maggi kompensierte den Vorwurf, sie sei „undeutsch“, mit besonderem ideologischem Eifer und erhielt dafür die Auszeichnung eines „Nationalsozialistischen Musterbetriebs“. Die Georg-Fischer-Werke ersetzten den Schweizer Direktor durch einen Deutschen. Während eine bereits weltweit operierende Nestlé die Deutschen eher an der kurzen Leine hielten, liess die Lonza ihr deutsches Werk weitgehend gewähren. An bedenklichen Äusserungen fehlte es nicht: 1940 setzte Walter Boveri seine Hoffnungen auf einen „besser organisierten europäischen Wirtschaftsraum“, womit er selbstverständlich das von den Nazis propagierte „Neue Europa“ meinte. Direktor Paulssen vom Aluminium-Walzwerk Singen mokierte sich darüber, „neutral zu sein in einem Zeitpunkt, wo keine andere Seite mehr besteht, welcher die Neutralität nutzen würde“. Zumeist aber bestand für die Patrons der Grund der geschmeidigen Anpassung an die Nazis weniger in ideologischer Sympathie, als in der Sorge ums Weiterbestehen der Firmen auf dem deutschen Markt. Nach dem Krieg wehrte sich die Schweiz erfolgreich gegen Demontagen von Tochterfirmen, nicht aber gegen die Entnazifizierungsverfahren. Dass die relativ wenig zerstörten Unternehmen in Süddeutschland gute Voraussetzungen zur Mitwirkung am deutschen Wirtschaftswunder besaßen, stellen die Autoren ohne allzu wertende Untertöne fest. So gesehen, massen sich die Historiker nicht mehr das Urteil von

Weltenrichtern und Moralisten zu. Und dies ist für die Kommission Bergier immerhin eine bemerkenswerte Entwicklung.